



Arbeitsgemeinschaft höherer Dienst (AhD)
53173 Bonn, Rheinallee 18
Vorsitzender: Dr. Michael Hartmer
Geschäftsführer: Reinhold Haverkamp
www.hoeheredienst.de

Bonn, den 14. April 2005

Entflechtung der Bund-Länder-Kompetenzen durch Rechtszersplitterung? AhD warnt vor Provinzialisierung des Dienstrechts

Auf dem sog. „Job-Gipfel“ ist zwischen der Bundesregierung und Vertretern von CDU/CSU vereinbart worden, im Rahmen der Föderalismusdiskussion erneut eine Einigung über die Bildungskompetenzen zu suchen. Die übrigen Verhandlungspunkte, in denen schon Einigkeit in der Föderalismuskommission bestanden hatte, sollen allerdings nicht erneut verhandelt werden. Das hieße, auch die Kompetenzen des Bundes im Beamtenrecht, insbesondere im Besoldungs- und Versorgungsrecht würden für die Landes- und Kommunalbeamten auf das jeweilige Bundesland übertragen.

Dies ist nach Auffassung des Vorsitzenden der AhD, Dr. Michael Hartmer, „ein Irrweg, der allen Bemühungen um Kostensenkung im öffentlichen Dienst und um Verwaltungsvereinfachung zuwiderläuft. Diese Provinzialisierung ist auch insofern unsinnig, als schon jetzt die Länder erhebliche Regelungsspielräume haben, z. B. über die Zahl ihrer Beamten, die Ämterbewertung, die Beihilfen und die Höhe etwaiger Zulagen oder Sonderzuwendungen zu entscheiden. Diese Spielräume werden nach der anstehenden Dienstrechtsreform noch größer sein, weil der Bund zu erheblichen Zugeständnissen bereit ist“. Der Geschäftsführer der AhD, Reinhold Haverkamp, ergänzt: „Statt eines zentral für Bund und Länder zuständigen Parlaments, des Deutschen Bundestages und des Bundesministeriums des Innern werden sich künftig 16 Landesparlamente und Länderministerien mit dem Beamtenrecht selbstbeschäftigen. Einige Bundesländer werden überhaupt erst Dienstrechtsabteilungen schaffen müssen. Die übliche Ressorteteilheit wird in absehbarer Zeit zu 17 verschiedenen Beamtenbesoldungs- und Versorgungsgesetzen führen – zur Freude von Kommentatoren und nicht zuletzt zum Ärger der Verwaltungsgerichte. Das Durcheinander im öffentlichen Dienst wird noch weiter gesteigert, wenn das Tarifrecht der Angestellten und Arbeiter bundeseinheitlich geregelt bleibt“.

Die AhD fordert Bundestag und Bundesrat auf, das einheitliche Beamtenrecht in Deutschland nicht zu zerschlagen. Kleinstaaterei schade Deutschland; im zusammenwachsenden Europa sei sie ein lächerlicher Anachronismus.

Die Arbeitsgemeinschaft höherer Dienst (AhD) ist ein Zusammenschluß der rd. 120.000 Mitglieder der nachgenannten Verbände:

Deutscher Philologenverband e.V., Deutscher Hochschulverband, Bundesverband der Verwaltungsbeamten des höheren Dienstes in Deutschland e.V.,
Verein Deutscher Bibliothekare e.V., Bundesverband der beamteten Tierärzte, Führungskräfteverband Telekom und Post,
Bundesverband der Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes e.V., Vereinigung der höheren Führungskräfte der Deutschen Bahnen,
Bundesverband der Lebensmittelchemiker/-innen im öffentlichen Dienst e.V., Bundesverband der Apotheker im öffentlichen Dienst,
Verband Deutscher Meteorologen